

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 11

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,10 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldvergangenheit nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 16. März 1928.

Anzeigenpreis für die vierzeilige Mittelzeile 10 Pfennig. Stellenangebote und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich in Köln, Bismarckstr. 1. Telefonruf West 3154. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

29. Jahrg.

## Umwehr.

Die deutsche Öffentlichkeit und insbesondere die Arbeiterschaft verfolgen mit Spannung die Auseinandersetzungen, die sich seit Wochen zwischen Dr. Wirth, dem ehem. Reichskanzler und einigen bekannten Führern unserer Bewegung, Stegerwald-Imbusch, entsponnen haben. Würden sich die Vorwürfe Dr. Wirths allein auf das Parteipolitische bezogen haben, hätten wir nicht Ursache, uns eingehend mit dieser Angelegenheit zu befassen. Weil aber in den Ausführungen Dr. Wirths die gewerkschaftliche Zielstellung unserer Bewegung scharf angepackt wird, müssen wir uns mit den gegen uns erhobenen Vorwürfen auseinandersetzen, so wie das „Zentralblatt“ in sehr deutlicher und derber Sprache das bereits getan hat unter der Spitzmarke: „Der Ausdruck eines Unbeschäftigten.“

Wirth veröffentlichte einen Artikel „Wohin mein Freund Imbusch“ in seiner Zeitschrift und in Tageszeitungen. In diesem Artikel interessieren vor allem folgende Stellen:

„Wie kommt es, daß zurzeit gerade vom Politischen d. h. vom Staate her, eine Distanz zum Auftreten der christlichen Gewerkschaftsführer fühlbar wird, fast so stark, daß schon von einer Kluft zwischen Politik und christlich-nationaler Arbeiterbewegung gesprochen werden muß? — Seit wann erschöpft sich bei den Gewerkschaften das Politische im Sozialen, wozu letzteres nebenbei gesagt zudem recht engherzig begriffen oder wenigstens vorgetragen wurde! — Klüfte können überbrückt werden. Aus den Reden der Gewerkschaftler aber ging hervor, daß ein politischer Brückenschlag schon gar nicht mehr als zutüchtiger Begriff verstanden wurde. — Der gewollte Gegensatz zu den Intellektuellen, zu den Akademikern, die Feindschaft zu den Politikern, die nicht gewerkschaftlich gebunden sind, hat ein Ausmaß angenommen, das jeden Zentrumsangehörigen im Innersten berühren muß.“

„... Und handelt sich bei dem jetzigen Auftreten der christlichen Gewerkschaften nicht um ein einmaliges und vereinzeltes Sichausbäumen gegen ein bestimmtes unsocial aufgemachtes Gesetz, nein, es will gefühlvoll die grundsätzliche Bedeutung haben. Der Gewerkschaftler als Gewerkschaftler will Partei und Politik dirigieren. Gewiß wird das nicht so vorbehaltlos gesagt, im Gegenteil. Man sucht das Gewerkschaftliche als das Christliche und das Politische geradezu zu deklamieren, aber ganz unerkennbar ist, daß man glaubt, daß die Not des Proletariats nur durch den Proletarier selbst oder, besser gesagt, nur durch den gewerkschaftlich organisierten selbst richtig erfasst und politisch behoben werden könnte. Man glaubt, daß die geistige Umkehr des politischen Regiments, die Umlagerung in der soziologischen Anlage aller einschlägigen Gesetze nur vom gewerkschaftlich organisierten Proletarier her erfolgen könne.“

„... Stegerwald wie Imbusch verzichten darauf, innerhalb des Parlaments die parlamentarisch-politische Konsequenz zu ziehen, sie ziehen sich vom Politischen auf das Gewerkschaftliche zurück. — Ich kann aber hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß dieser Verzicht auf parlamentarische Konsequenzziehung, dieses Überbetonen der gewerkschaftlichen Aspirationen im Politischen eine Tendenz in sich trägt, die mit gewissen, syndikalistischen Gedankengängen nicht gänzlich unverwandelt ist.“

„... Am liebsten ist es mir, wenn der Mann direkt vom Schraubstock kommt, weil er dann als Einzelmensch kommt, in politischer Freiheit mit offenem Blick und offenem Ohr für das, was im Volke vorgeht, weil er dann nicht „durch die Organisation“ gebunden ist und nicht auf die eigene freie Meinungsäußerung verzichtet hat.“

„Das staatspolitische Ideal, das Stegerwald vor-schwebte, hatte eine gewisse Neigung des Gegensatzes zu manchen der Gedankengänge, auf die sich die Weimarer Parteien bereits als politischen Kurs geeinigt haben. Seine Arbeiter aber stehen in dem Staat, so wie er ist, er soll so sein, wie ihn der Geist der Weimarer Verfassung verlangt. Hat das Stegerwald inzwischen erkannt? Auch, was er für ihn als politischen Führer bedeuten muß? Noch nicht völlig. Er ist nur wie aus

einem Traum erwacht und zaudert, die Konsequenzen zu ziehen. — So fällt er aus Mangel eines Besseren in den engen gewerkschaftlichen Kreis zurück. Aber dieser Vorgang muß gerade in der Gefolgschaft Stegerwalds sehr bald die Frage wecken, weshalb man überhaupt noch in getrennten Gewerkschaften dem Arbeiterinteresse dienen zu müssen glaubt.

„Meine Herren! Sie sind so auf dem Wege in die Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus, d. h. in seiner unpolitischen Form, nämlich des Syndikalismus. Nur Ihr besonders gewerkschaftliches Organisationsinteresse hindert Sie noch, dies in irgendeiner Weise anzuerkennen.“

„Deutsche Republik“ 1928. Heft 20.

Wenn wir das lesen, steigt unwillkürlich ein in derselben Zeitschrift gelegentlich der letzten Regierungsbildung zum Ausdruck gelangtes Bildchen in unserer Erinnerung auf, in welchem Dr. Wirth am Scheidewege abgebildet ist und statt der neuen Koalition den Weg zur Arbeiterschaft wählt: Wir erinnern uns der mannigfachen Aussprüche dieses Mannes, deren bekannteste lauten: „Erst Brot, dann Reparationen“ und „ich stehe auf Seiten der Arbeiterschaft.“ Wir dürften also gewiß der Meinung sein, daß die Sympathie und soziale Gefühlswelt Dr. Wirths ihn zur Freundschaft mit der Arbeiterschaft aus innerer Überzeugung drängten. Die Anklageschrift gegen die christlichen Gewerkschaften, aus der oben einige Sätze wiedergegeben sind, macht auch dem letzten Arbeiter klar, daß Wirth trotz aller rhetorischen Betonung des Sozialen mit dem Herzen nicht bei der Sache war.

Die Enttäuschung, die Wirth uns also bereitet hat, kann uns nur veranlassen, wie bisher nüchtern und gründlich die Dinge zu überlegen, wenn Angehörige anderer Berufsstände noch sozialer, noch demokratischer sein wollen, wie die Arbeiterschaft selbst. So mancher schon stieg nach dem Kriege metergleich empor, um ebenso schnell und oft noch schneller wieder unterzugehen. Rhetorische Übungen, selbst bei glänzendster Dialektik, haben bei der christlichen Arbeiterschaft meist eine sehr nüchterne Beurteilung gefunden und so ist es zu erklären, daß Dr. Wirth in unseren Kreisen wohl nicht den erhofften großen Anhang gefunden hat. Schon die etwas starke Endföhlung, die Wirth im Reichsbanner mit den Sozialisten hielt trotz stärkster Betonung seiner konfessionellen Überzeugung, machten mißtrauisch und er schlug damit alle bis dahin gemachten Erfahrungen glatt in den Wind. Die gutdemokratische Einstellung Dr. Wirths, an der wir zu zweifeln keinen Anlaß haben, ist aber wohl von etwas anderer Art, als die, die wir vertreten und praktisch angewandt wissen wollen. Mit rein formal-demokratischen Begriffen löst sich westlich unseres Vaterlandes vielleicht trefflich regieren. Wir wollen etwas ganz anderes, als das Bürgerturn von 1848. Aus geht es darum, die republikanische Staatsform mit wirklich sozialem Geiste zu erfüllen, den Staat von heute zum sozialen Volksstaate auszubauen.

Für Wirth ist die Republik Menschheitsbefreiung schlechthin. Auch wir sehen im Staate eine der wichtigsten Lebensäußerungen des Volkes. Aber darum erwarten wir nicht alles und jedes durch oder von der Politik. Wir denken uns, daß aus der Volkerverbundenheit heraus die sittlichen und moralischen Kräfte erwachsen, deren wir als Arbeiter zu unserem Aufstieg bedürfen. Gewiß kann uns eine feindliche oder befehlende Staatspolitik Hemmung oder Förderung sein, doch wird Ausmaß und Ziel staatspolitischer Hilfe abhängen von Geist und Bedeutung der eigenen Selbsthilfeorganisationen. Uns kommt es mehr auf Leistung als auf Form staatspolitischer Einrichtungen an, sagt das Zentralblatt und betont, daß damit keine Verneinung der republikanischen Staatsform ausgesprochen ist. Dem Zentralblatt ist auch beizupflichten wenn dort ausgeführt wird:

Die christlichen Gewerkschaften sind an sich ein lebendiger Protest gegen die Auffassung, daß alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Deshalb berührt sie der Vorwurf Dr. Wirths nicht, es erschöpfe sich bei ihnen das Politische im engherzig begriffenen Sozialen. Es wären aber die christlichen Gewerkschaften keine Arbeiterbewegung, läge es nicht in ihrem Willen, jedwede staatliche Politik in Einklang zu bringen mit den sozialen Notwendigkeiten. Zudem kann und darf eine christliche Politik nicht anders als sozial sein.

Die christlichen Gewerkschaften würden sich selbst preisgeben, strebten sie nicht danach, Macht zu erlangen, d. h. Einfluß zu gewinnen auf den Lauf der

politischen Dinge in der Richtung des Sozialen. Ohne diese Machtentfaltung ist die Durchsetzung christlich-sozialer Gedanken in der politischen Praxis stets gefährdet. Im scharfen Gegensatz stehen die christlichen Gewerkschaften bei diesem ihrem Willen allerdings zu jenen Intellektuellen, Akademikern und Politikern, die die Arbeiterschaft nur als Objekt persönlicher Streberei und Eitelkeit oder als Vorspann für irgendeinen Interentenklügel benötigen.

Ohne selbständige Gewerkschaftsbewegung, die sich völlig frei hält von der Herrschaft und der Einwirkung von Kur-Politikern, ist die Arbeiterschaft nichts weiter als ein ohnmächtiges, willenloses Spielzeug politischer Demagogie.

Mit syndikalistischen Gedankengängen kann das Wollen der christlichen Gewerkschaften nur in Verbindung bringen, wer von Syndikalismus nichts versteht. Wir befinden uns hier ausnahmsweise einmal in Einklang mit den Auffassungen des „Vorwärts“, der Herrn Dr. Wirth erklärt:

„Unter Syndikalismus verstehen wir eine Richtung, die darauf ausgeht, den Staat durch Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel, wie des Generalstreiks, unter den Willen der Arbeiter zu zwingen. Das Streben der christlichen Gewerkschaften nach erhöhtem Einfluß in der Zentrumsparlei hat aber mit einer solchen Richtung nicht das geringste zu tun.“

Die christlichen Gewerkschaften bekennen sich weder zu einer sagenhaften „Demokratie der Arbeiterklasse“, noch zur „Diktatur des Proletariats“. Herrn Dr. Wirth aber scheinen die 15 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in der 65 Mann starken Zentrumsfraktion des Reichstages bereits zur Begründung einer „Diktatur des Proletariats“ zu genügen. Verständnis für diese Auffassung wird er sicherlich bei der „Bergwerkszeitung“ und ähnlichen Organen finden.

Wie Wilhelm II. sich einst den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ in den Reichstag wünschte, so wünscht Dr. Wirth sich als Fraktionskollegen „den Mann direkt vom Schraubstock“, der nicht durch die Organisation gebunden und — deshalb leichter als Cliquenführer einer Politik zu gewinnen ist, deren vornehmlicher Träger im Zeitalter der Demokratie natürlich nur Herr Dr. Wirth sein kann.

„Das Programm ist nichts, die Bewegung ist alles!“ Das gilt auch von der Weimarer Verfassung und der Politik des Reiches. Den Volksstaat werden die christlichen Gewerkschaften verteidigen bis zum letzten. Nicht aber wird man sie zwingen können, die Weimarer Verfassung zu vergöttern und anzubeten. Niemanden wird es allerdings auch gelingen, die Weimarer Verfassung zu zerstören, wenn ihre Anbeter über dem Fetisch nicht vergessen, praktische Politik zu machen, die ein freies, starkes und frohes deutsches Volk schafft.

Ein Vorzug der christlichen Gewerkschaften besteht vor allem — trotz der Beschränkung auf das natürliche gewerkschaftliche Aufgabengebiet — in einer universelleren Betrachtungsweise. Herr Dr. Wirth will das nicht mehr gelten lassen. Deshalb redet er von Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus, hält er den Zeitpunkt für gekommen, wo die christlichen Gewerkschaften ihr besonderes Organisationsinteresse preisgeben und sich mit den „freien“ Gewerkschaften vereinen. Er tut so, als ob ihm eine solche Entwicklung innerlich widerstrebe. Niemand hat sich jedoch stärker darum bemüht, die christlichen Arbeiter an die Sozialdemokraten näher heranzubringen als Herr Dr. Wirth. Erst als sich dieses Wollen fruchtlos erwies und Herr Dr. Wirth nun keinen Erfolg seiner Bemühungen mehr sieht, da macht er Kehrt marsch! Er setzt jetzt seine Hoffnungen nur noch auf die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter und auf jene, die nicht ertragen können, daß die Gewerkschaften im Volksleben Bedeutung und Macht erlangen. Glück zu!

## Unfallrentenpraxis

Schon oft wurde in unserem Verbandsorgan darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Verbandes nicht nur eine wirksame Interessenvertretung haben in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, sondern auch völlig unentgeltliche Vertretung genießen in allen Streitfragen aus der sozialen Gesetzgebung (Invaliden-, Unfallversicherung usw.). Diese Vertretung wird wohl von den wenigsten Kollegen anerkannt und entsprechend gewürdigt, mit Ausnahme derjenigen, welche diesen großen Vorteil bereits selbst genießen konnten. Folgender Fall dürfte jedoch ein-

wandfrei nachweisen, von welchem großen Vorteil der Schutz des Verbandes gerade auch auf diesen Gebieten ist.

Ein Schreiner, der längere Zeit Mitglied unseres Verbandes war, wechselte seinen Arbeitsplatz und trat kurze Zeit nachher auch aus dem Verbandsverband. Im März 1924 erlitt derselbe einen Betriebsunfall, der eine längere Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Die zuständige Berufsgenossenschaft lehnte eine Rente ab, trotzdem der Unfall schwere und sehr nachteilige Folgen hinterließ. Der Kollege schrieb zunächst selbst einige Male an die Berufsgenossenschaft, jedoch ohne Erfolg. Nun übergab er die Vertretung einem Rechtsanwalt, der ihm aber nach einigem Schriftwechsel erklärte, in der Sache wäre nichts mehr zu machen. (Jedenfalls erschien ihm der Streitwert zu gering.) Im Mai 1925 trat der Kollege in einer Versammlung, in welcher auch über den Wert des Verbandes bei Vertretungen auf sozialpolitischem Gebiete gesprochen wurde, mit noch mehreren Kollegen dem Verbandsrat wieder bei. Bei dieser Gelegenheit fragte er auch den Verbandsangestellten, ob denn in seiner Unfallsache wirklich nichts mehr herausgeholt werden könne. Trotzdem seit Zustellung des ablehnenden Rentenbescheides fast ein Jahr verfloßen war, wurde die Angelegenheit seitens des Angestellten sofort verfolgt und, nachdem die Berufsgenossenschaft jeden Rentenanspruch mit der Begründung abwies, daß der Rentenbescheid inzwischen rechtskräftig geworden sei, der Streitfall dem zuständigen Obergerichtsamt zur Entscheidung vorgelegt. Das Obergerichtsamt hat der eingelegten Berufung stattgegeben und der betreffende Kollege erhielt eine Nachzahlung von 222,90 Mark. Zur Regelung der laufenden Rente wurde die Angelegenheit seitens des Obergerichtsamtes an die Berufsgenossenschaft zurückverwiesen. Diese setzte ohne einen neuen Rentenbescheid gemäß der R. V. O. zu erteilen, eine monatliche Rente von 15,00 Mark fest. Am 3. März 1927 erhielt nun der Kollege einen Rentenbescheid, wonach die Rente von 15,00 auf 10,00 Mark gekürzt werden sollte. Der Kollege übergab den Rentenbescheid mit sämtlichen Akten wieder dem Verbandsangestellten. Bei Durchsicht derselben ergab sich, daß die Rente nicht nach dem Urteil des Obergerichtsamtes festgelegt und zweitens die Rente auch nicht ab 1. Juli 1925 nach Maßgabe des zweiten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 festgesetzt wurde, insbesondere soweit der der Rentenberechnung zugrunde zu legende Jahresarbeitsverdienst in Frage kam. (Als Jahresarbeitsverdienst war der Ortslohn, welcher 900,00 Mark betrug, der Rentenberechnung zugrunde gelegt.) Gegen beides wurde wieder durch den Verbandsangestellten beim Obergerichtsamt Berufung eingelegt, da die Berufsgenossenschaft jedes Entgegenkommen ablehnte. Der Erfolg der Berufung war, daß die Berufsgenossenschaft verurteilt wurde, rückwirkend ab 1. Juli 1925 der Rentenberechnung einen Jahresarbeitsverdienst von 1450,00 Mark zugrunde zu legen, statt 900,00 Mark bisher. Des weiteren wurde eine 30 prozentige Rente festgesetzt für die Zeit vom 1. Juli 1925 bis 1. März 1927, das ist pro Monat 24,17 Mk. Ab 1. März 1927 wurde die Rente auf 20 Proz. festgesetzt, das ist 16,11 Mark pro Monat. Die Berufsgenossenschaft mußte nun auf Grund dieses Urteils dem Kollegen rückwirkend ab 1. Juli 1925 bis 1. März 1927 pro Monat den Betrag von 9,17 Mark und ab 1. März 1927 bis 1. Juli 1927 den Betrag von 6,11 Mark nachzahlen. Der Kollege erhielt somit zur obigen Nachzahlung in Höhe von 222,90 Mark eine weitere in Höhe von 217,84 Mark, zusammen also an Nachzahlung allein den Betrag von 440,74 Mark. Zu diesen Nachzahlungen die laufend ausbezahlte Rente hinzugerechnet, hat also der Kollege durch diese Vertretung bis 1. Februar 1928 den Betrag von 853,00 Mark erhalten, ohne dabei auch nur einen Pfennig für seine Vertretung auszugeben.

Dieses eine Beispiel zeigt wohl mit aller Deutlichkeit, wie wertvoll die gewerkschaftliche Interessenvertretung für unsere Kollegen auch auf diesem Gebiete ist, zeigt aber auch, was aus unserer sozialen Gesetzgebung herausgeholt werden kann, wenn die betreffenden Kollegen eine gute Vertretung haben. Es ist deshalb unsere Pflicht, bei unserer Werbearbeit für den Verband auch auf derartige Erfolge hinzuweisen und mancher Kollege wird dem Verbandsrat die Treue halten, mancher Unorganisierte den Weg zum Verbandsrat finden oder wieder finden.

B...T.

## Verbandsnachrichten.

### Erkenntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 11.—17. März 1928 der 11. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Erwerbslosenmarken. Ab 1. Januar sind in unserm Verbandsrat die Erwerbslosenmarken zu 10 Pfg. neu eingeführt. Jedes Mitglied muß diese Marken während der Zeit kleben, wo es infolge Arbeitslosigkeit oder Krank-

heit usw. zur Zahlung des Vollbeitrages nicht verpflichtet ist. Während bis jetzt diese Markenfelder vom Ortskassierer mit einem Vermerk und mit einem Stempel versehen wurden, werden sie jetzt vom Ortskassierer mit einer Erwerbslosenmarke beklebt. Für diese Marke muß das Mitglied 10 Pfg. entrichten.

Teilzahlungen sind regelmäßig an die Hauptkasse abzuführen, wenn der Geldbetrag aus Beitrags-Einnahmen etc. beträgt. Kassierer und Vertrauensleute, schützt Euch und den Verband vor Verlusten.

Unsere neue Verbandsnadel in recht schöner, gediegener Ausführung sollte recht bald im Besitze eines jeden Mitgliedes sein. Bestellt die Nadel bei Eurer Zahlstelle.

Die Telefonnummer des Sekretariats Bochum lautet von jetzt ab: Norden 365 41.

Verlorene Bücher. Nr. 70 694, Jakob Schmidlein; Nr. 227 974, Wilhelm Mittel I; Nr. 223 577, Jakob Mertens; Nr. 299 871, Wessel Venhuis; Nr. 102 401, Johann Schmidt. — Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

## Lohn- und Tarifbewegung.

### Lohnbewegung in der deutschen Stockindustrie.

Nachdem bereits nach vorausgegangenem ergebnislos verlaufenen Verhandlungen in Kassel durch einen unparteiischen Vorsitzenden ein Schiedspruch gefällt war, der nur eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig die Stunde vorsah, auch den Akkordarbeitern in keiner Weise gerecht wurde und daher entschiedene Ablehnung seitens der Arbeiter fand, fanden am 28. Februar und 2. März d. J. erneute Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters für Hessen-Nassau in Frankfurt am Main statt. Eine Einigung war auch hier nicht zu erzielen, weshalb ein neuer Schiedspruch erfolgte, den wir in Abschrift zur Kenntnisnahme der Kollegen bringen.

Diesem Schiedspruch haben die Arbeitnehmer zugestimmt. Die Zustimmung der Arbeitgeber steht noch aus.

Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des Schiedspruches:

1. Von der mit dem 27. Februar 1928 beginnenden Lohnwoche ab erhöht sich der bisherige, zuletzt gültige tarifliche Stundenlohn um 8 Prozent. Die im Akkord beschäftigten Arbeitnehmer erhalten vom gleichen Zeitpunkt ab in der Spitze in der Tarifklasse II eine stündliche Zulage von 6 R.-Pfennig, die in den übrigen Tarif-, Berufs- und Altersklassen sich nach dem im Manteltarifverträge festgelegten Schlüssel abstaffelt.
2. Diese Lohnregelung kann mit monatlicher Frist zum Monatsende, erstmals zum 30. September 1928 gekündigt werden.
3. Hinsichtlich der Lohnregelung für Köln wird nach Vereinbarung der Parteien gesondert verhandelt werden.
4. Erklärungsfrist der Parteien untereinander und gegenüber dem unterzeichneten Vorsitzenden über Annahme oder Ablehnung:

Donnerstag, den 8. März 1928, abends 6 Uhr.  
Vermerk: Für den Fall, daß beide Seiten dem Spruch zustimmen, wird heute bereits zwischen den Parteien vereinbart, daß ab 1. Oktober 1928 sich erhöht:

Der heute gültige tarifliche Stundenlohn um weitere 4 Prozent und die stündliche Zulage für den Akkordarbeiter in Tarifklasse II in der Spitze um weitere 3 R.-Pfennige, die sich wiederum in den übrigen Tarif-, Berufs- und Akkordklassen nach dem im Manteltarif festgelegten Schlüssel abstaffelt und daß diese weitere Lohnregelung ebenfalls mit monatlicher Frist zum Monatsende, erstmalig zum 28. Febr. 1929, gekündigt werden kann.

gez. Schilling.

Unter dem 6. März haben auch die Arbeitgeber ihre Zustimmung zu dem Schiedspruch erklärt. Damit erhält derselbe den Charakter einer rechtsgültigen Vereinbarung und ist Bestandteil des Tarifvertrages.

Die Arbeitsaufnahme soll baldmöglichst nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten erfolgen. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Mühlstorf. Der auf der Generalversammlung verlesene Jahres- und Kasernenbericht fand den Beifall der Versammlung. Gauleiter Kollege Kresse-München hielt ein Referat über die augenblickliche Lage im Holzgewerbe, welches mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Auch dankte Kollege Kresse allen Mitarbeitern, besonders dem Vorstand, für die rühmliche Tätigkeit im verfloßenen Jahr, durch welche die günstige Entwicklung unserer Zahlstelle herbeigeführt wurde. Unsere Mitgliederzahl hat sich um mehr wie 50 Prozent gehoben. Außerdem konnten wir eine Jugendgruppe bilden. Die dank der Tatkraft des Kollegen Mayer 23 Mitglieder zählt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederbestellung der bisherigen bewährten Kollegen.

Neusorg. Auf der diesjährigen Generalversammlung schilderte der Vorsitzende bei seinem Geschäftsbericht die Entwicklung unserer Zahlstelle seit dem Jahre 1906. Die bei der Gründung vorhandenen Schwierigkeiten wurden gut überwunden. So können wir heute erfreut feststellen, welche Vorteile die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft gebracht hat. Auch in der sozialen Gesetz-

gebung haben wir alle Erfolge den Berufsverbänden zu verdanken. Die jungen Kollegen sollten daraus erkennen, wie notwendig die Zugehörigkeit zum Verbandsrat und wie wichtig ihre Mitarbeit im Verbandsrat ist. Die Entwicklung der Zahlstelle ist befriedigend. Die Mitgliederzahl stieg von 80 auf 120, die Einnahmen haben sich verdreifacht. Die alten, bewährten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Schmitt aus Nürnberg sprach dann noch über sozial- und lohnpolitische Ereignisse des verfloßenen Jahres. Wenn auch nicht alle Wünsche restlos erfüllt seien, so wären wir doch weitergekommen. „Mitarbeit im Verbandsrat, treu dem Verbandsrat“. Mit diesen Worten treten wir ins neue Jahr und werden in unserem Verbandsrat Hemmungen und Schwierigkeiten siegreich überwinden.

Oels. Da unsere Zahlstelle sich zum größten Teil aus jungen Kollegen zusammensetzt, war es doppelt erfreulich, so viele junge Freunde in der Generalversammlung anzutreffen, obwohl an diesem Tage noch andere Veranstaltungen stattfanden. Kollege Wutke eröffnete die Sitzung und hieß alle herzlich willkommen, vor allen Dingen den Kollegen Zielske, der nie verlagert, wenn es heißt, die Interessen der Holzler wahrzunehmen. Der Geschäfts- und Kasernenbericht ließ einen erkennbaren Rückgang vorwärts erkennen, wie aus den Zahlen hervorgeht, die vorgetragen wurden. Nach Erstattung des Geschäfts- und Kasernenberichtes schritt man zur Vorstandswahl. Nach gut verlaufener Wahl erhielt unser Gauleiter das Wort, welcher sich mit den örtlichen Verhältnissen ganz besonders beschäftigte und die Vorgänge in letzter Zeit scharf unter die Lupe nahm. Die Anregungen werden sich sicher auswirken auch bei dem Bezug unserer Fachzeitschrift (Handwerkskunst) und unseres „Deutschen“. Kollege Zielske unterstrich diese Ausführungen und ersuchte, in alter Treue und Liebe die christlich-nationale Arbeiterbewegung weiter zu stärken zum Vorteil der Kollegen selbst und ihrer Familien. Nach einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Mittelwalde. Mit einer herrlichen Ansprache eröffnete unser Vorsitzender Kollege Schöning die Generalversammlung und hieß alle willkommen. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende. Aus demselben ging hervor, daß im abgelaufenen Jahre ein reges impulsives Leben herrschte. Kollege Erdina gab den Kasernenbericht, welcher wie stets pünktlich fertiggestellt war und der Lokalkasse einen hübschen Bestand belief. Die Vorstandswahl leitete Kollege Schöning eine Wiederwahl ab, und wurde an seine Stelle Kollege Gustav Monje einstimmig gewählt. Ebenso erfolgte einstimmig die Wahl der übrigen Kollegen zum Vorstand. Kollege Walter-Breslau, dankte dem alten Vorstand für die treue Mitarbeit und ersuchte den neuen Vorstand, wie im alten Jahre treu zur Sache zu stehen. Hierauf behandelte unser Gauleiter das Thema: „Die Lage der deutschen Wirtschaft und die Forderungen der Arbeiterschaft“. Mit großem Interesse folgten die Kollegen seinen Ausführungen, wie die anschließende Ansprache bewies. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, wurden noch ein paar Stunden mit unseren Familienmitgliedern verlebt. Man trennte sich in dem Bewußtsein, daß diese Stunden der Fröhlichkeit nach harter Arbeit auch dazu beigetragen haben, nun erst recht treu zusammenzustehen.

Janer. Unsere statutenmäßige Generalversammlung hielten wir im katholischen Vereinshaus ab. Unser Vorsitzender begrüßte die Erschienenen und gab den Geschäftsbericht für das Jahr 1927. aus dem hervorging, daß auch im alten Jahr ein Schritt vorwärts getan wurde. Er streifte das ganze Jahr und ließ alle Begebenheiten nochmals an unseren Türen vorbeiziehen. Den Kasernenbericht gab Kollege Ehrlich. Die nun vorgenommene Vorstandswahl ergab einige kleine Veränderungen. Hierauf hieß unser Gauleiter, Kollege Walter-Breslau, einen Vortrag über „Die Lage der deutschen Wirtschaft und die Forderungen der Arbeiterschaft“, welcher beifällig aufgenommen wurde. Eine recht sachliche Diskussion setzte ein und es zeigte die Ansprache, daß die Kollegen dem Referenten gefolgt waren. Unter Punkt Verschiedenes wurde besonders unsere Fachzeitschrift „Die Handwerkskunst“ und „Der Deutsche“ aber auch unsere Jugendbewegung behandelt. Mit dem Wunsche im neuen Jahre ein weiteres Stück voranzukommen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Ziegenhals. Die Generalversammlung unseres Verbandes fand am Sonntag, den 29. Januar im Schützenhaus statt. Kollege Weidler eröffnete dieselbe und hieß alle herzlich willkommen. Nach Erstattung des Berichtes über die Stadtkonferenz in Breslau erfolgte der Geschäftsbericht vom Vorsitzenden, sowie der Kasernenbericht von Kollegen Radek. Aus den Berichten ging hervor, daß das vergangene Jahr nicht zu den besten gezählt werden kann. Alterspräsident Dreßler leitete die Wahl und wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Neu wurde als Jugendleiter Kollege Lukas gewählt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erhielt Kollege Walter-Breslau das Wort, um über die einzuführende Invalidenunterstützung Aufschluß zu geben. Es wurde lebhaft begrüßt, daß unser Verband in diesem Punkte wiederum vorbildlich vorangeht und seiner treuen Anhängerschaft gedankt. Kollegen Radek und Weidler gingen dann noch ausführlich auf die örtlichen Verhältnisse ein, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

## Sterbefälle.

Johann Rinkenber, Schreiner, 64 Jahre, Aachen, Martin Schlachter, Bürtzenjurist, 74 Jahre, Ravensburg.

Georg Stöcklein, Holzarbeiter, 66 Jahre, Rothenburg, Josef Dries, Hilfsarbeiter, 23 Jahre, Rüdeseheim, Adolf Federer, Platzmeister, 56 Jahre, Freiburg i. Br.

Jakob Mehr †.

Am 27. Februar ist in Duisburg der Zentraljugendführer des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Jakob Mehr, nach langjährigem Leiden gestorben.

Die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung trauert um einen mit seltenen Fähigkeiten ausgestatteten Jugendführer, der nach dem Kriege zu den ersten gehörte, die sich mit einem Herzen voll Liebe der Jugend annahm. Möge sein erfolgreiches Wirken noch lange in unserer Bewegung nachhallen und aus „seinen Jungen“ neue Kräfte erstehen, die sein Bestreben fortsetzen.

Wir werden das Andenken des Kollegen Mehr stets in Ehren halten.

Ruhe in Frieden!

## Gewerkschaftliches.

**Das „gute“ Verhältnis.** Das Vorgehen des Polizeipräsidenten von Berlin — Arbeitgeber, bei denen ein Betriebsrat nicht besteht, unter Strafandrohung zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufzufordern — hat die Zustimmung der preußischen Minister des Innern und für Handel und Gewerbe gefunden. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hatte das anscheinend nicht erwartet. Wir können das begreifen. Wir verstehen auch ihre Meinung, „daß der Arbeitgeber von sich aus keinen übertriebenen Wert auf die Bildung eines Betriebsrats legt.“ Wenn die „Arbeitgeber-Zeitung“ jetzt durch diese Zustimmung der beiden Minister zu einem geharnischten Protestartikel „Die Polizei erzwingt Betriebsratswahlen“, veranlaßt wird, und „Schwundige Methoden des russischen Zarentums“ usw. im preußischen „Polizeistaat“ feststellt, so nimmt uns das nicht wunder. Wenn sie dabei aber von einem „guten“ Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern spricht, dann erscheint es doch erforderlich, ihrem Erinnerungsvermögen in etwa zu Hilfe zu kommen. Ist es wirklich so, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, „daß meistens ein gutes Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern besteht und daß die Arbeitnehmer auf die Bildung eines Betriebsrates keinen Wert legen?“ Lassen wir aus ihren letzten Berichten die deutschen Gewerbeaufsichtsämter darauf antworten. —

So berichtet das Gewerbeaufsichtsamt Hannover über die zunehmende Befürchtung der Arbeitnehmer, „wegen Übernahme eines Amtes in der Betriebsvertretung in ihrem Arbeitsverhältnis benachteiligt zu werden. Ist es doch nicht unbemerkt geblieben, daß Betriebsratsmitglieder, welche in früheren Jahren die Forderungen und Wünsche der Arbeitnehmer mit Nachdruck vertreten hatten, zum großen Teile aus den Betrieben verschwunden sind.“

Die Landesgewerbeinspektion für den Freistaat Sachsen berichtet:

„Offensichtlich ist für ein solches Verhalten der Arbeitnehmer (Ablehnung des Betriebsratsamtes) recht häufig die Besorgnis bestimmend gewesen, bei nachdrücklicherem Eintreten für Forderungen und Wünsche der Arbeitnehmer in der Zeit der schweren Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit die eigene Stelle zu verlieren.“ Wiederholt mußten Prozesse um die Wiedereinstellung von Betriebsräten geführt werden. „Eine Wiedereinstellung und -Einsetzung ist allerdings weniger erfolgt. Die Arbeitgeber zogen vielmehr vor, den Lohn fortzuzahlen. Auch durch Zahlung von Abfindungssummen (1) haben sich Arbeitgeber von Betriebsräten gelöst.“

Auch das Gewerbeaufsichtsamt Hamburg führt aus, daß in Betrieben ohne Betriebsvertretung „die Arbeiter sich nicht wählen lassen wollten, aus Furcht vor Unannehmlichkeiten mit der Betriebsleitung.“

Ebenso das Gewerbeaufsichtsamt Mecklenburg-Schwerin: „Sie fürchteten, sich bei dem Unternehmer unbeliebt zu machen, um dann bei Stilllegungen oder Betriebseinstellungen entlassen und arbeitslos zu werden.“

Sorge um Benachteiligung, Verlust der Arbeit und Nichtwiedereinstellung nach Betriebsstilllegungen ist so nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten die immer wiederkehrende Ursache des Fehlens von Betriebsvertretungen.

Diese Feststellungen über „das gute Verhältnis“ zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgeber sind gewiß unparteiisch und recht eindeutig. Aber die „Arbeitgeber-Zeitung“ wird derartiges als bedeutungslos gern übersehen. Vielleicht wird sie sagen: „Die Gewerbeaufsicht ist ebenso überflüssig wie die Betriebsräte, denn in den Betrieben ist alles in Ordnung.“ Und doch ist es auch mit dieser Ordnung trotz der Gewerbeaufsicht noch recht übel bestellt.

## Rundschau.

**Ausstellung „Die Ernährung“ Berlin 1928.** Das Deutsche Hygiene-Museum hat im Rahmen seiner Gesamttätigkeit die Ernährungsfrage von jeher stark berücksichtigt und die Wandlungen, die sich in der Ernährungswissenschaft in den letzten anderthalb Jahrzehnten vollzogen haben, stets aufmerksamem Auge verfolgt. Die Aufforderung des Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamtes, sich an der in diesem Jahre zu veranstaltenden großen Ausstellung „Die Ernährung“ zu beteiligen, wurde daher von ihm gern zur Veranlassung genommen, dieses große und wichtige Gebiet einmal ausführlich zu behandeln und damit alle bisher geleistete

Vorarbeit zu einer großen und eindrucksvollen Schau zusammenzufassen. Namhafte Forscher auf dem Gebiete der Ernährung wurden zur Mitarbeit an dieser Gruppe herangezogen und so ist gegenwärtig unter der Leitung des wissenschaftlichen Direktors des Deutschen Hygiene-Museums, Dr. med. Martin Vogel, der sich gerade mit der Ernährungsfrage von jeher viel beschäftigt hat, wohl eine der wichtigsten Sammlungen im Entstehen begriffen, die das künftige Hygiene-Museum einmal beherbergen wird.

Folgerichtig beginnt der Aufbau der Gruppe mit den Grundlagen des Stoff- und Kraftwechsels in der Natur. Wir sehen die Baustoffe unseres Körpers und unsere Ernährung, den Austausch dieser Stoffe mit der Umwelt und die Umwandlungen der Kraft, die sich im Zusammenhang damit innerhalb und außerhalb unseres Körpers vollziehen. Art und Bedeutung der Kalorienrechnung und der Gesambedarf an Nahrung wird hierbei behandelt und der Besucher wird dabei u. a. Gelegenheit haben, mit Hilfe von Waage und Maßstab am eigenen Gewicht und an der eigenen Körperlänge seinen Bedarf selbst zu berechnen. Auch der Bedarf an einzelnen Nährstoffen wird so anschaulich dargestellt, wie es der spröde Stoff irgend gestattet. Hier finden wir beispielsweise Antwort auf die oft gestellte Frage, wieviel Wasser man täglich zu sich nehmen muß, und mancher wird erstaunt sein darüber, wie wenig er eigentlich zu trinken braucht, um diesen Bedarf zu decken. Im Zusammenhang damit wird die soviel behandelte Eiweiß-Frage von verschiedenen Seiten beleuchtet, die der „Nährsalze“ gestreift. Mit ganz neuartigen Mitteln, insbesondere mit neageschaffenen Modellen wird der Besucher unterrichtet über den Bau der Verdauungsorgane und ihre Tätigkeit. Man wird beispielsweise die Bewegungen des Magens und Darmes, die sonst nur der Arzt im Röntgenbild zu sehen bekommt, in Form eines Trickfilms sehen, der dem Sachmann wie auch dem Laien ein ebenso lebendiges wie überliefertendes Bild bietet.

Um den Stoffwechsel klar zu machen, wird das Schicksal der Nahrungstoffe verfolgt von dem Augenblick an, wo sie durch die Darmwand in den Körper übertreten. Man wird den Transport der Nahrungsmittel durch das Blut verständlich gemacht finden, den Austausch zwischen Körpersäften und Körpergewebe und wird von den chemischen Stoffen hören, die die Umsetzungen in den Zellen bewirken. Die verschiedene Wertigkeit der Eiweißsorten, wie auch die der Fett-, Zucker- und nicht zuletzt der Mineralstoffe findet ihre anschauliche Erläuterung.

Die Hausfrau wird in dieser Ausstellung besonders viel für sie Wertvolles finden in Bezug auf Zusammenfassung, Preis und Nährwert der Nahrungsmittel. Daß der Nährwert nicht immer dem Preis entspricht, daß gar manches geschätzte Nahrungsmittel überbewertet, andere, wie die Kartoffel, zu Unrecht unterbewertet werden, das wird hier vor Augen geführt. Auch der Frage der Zubereitung der Nahrungsmittel wird ein besonderes Kapitel gewidmet. Das gesamte Material über die so wichtige Frage der Vitamine, das sich im Verlaufe von anderthalb Jahrzehnten als Ergebnis mühsamer Forschung herausgeschält hat und das noch nicht einmal der Allgemeinheit der Ärzteschaft werden konnte, soll auf dieser Ausstellung in gedrängter Kürze in Wort, Bild und Plastik ausgebreitet werden. Bekanntlich sind gewisse verheerende Augenkrankheiten, (Hornhauterweichung) insbesondere aber die Englische Krankheit (Rachitis), der Skorbut und die Beri-Beri-Krankheit des fernen Ostens, wie wir heute mit Sicherheit sagen können, auf das Fehlen ganz bestimmter Vitaminarten in der Nahrung zurückzuführen. Gerade das Material über die Englische Krankheit, das vom Deutschen Hygiene-Museum hier gebracht werden wird, ist in dieser Vollständigkeit noch niemals gezeigt worden. So wird hier u. a. auch die Entdeckung des rachitisverhütenden Vitamins durch Windaus gebührend vorgestellt.

Eine letzte Gruppe zeigt die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Sport, Ernährung, Gesundheit und Krankheit, Über- und Unterernährung, einseitiger oder Fehlernährung und den Krankheiten, die auf diese Fehler zurückzuführen sind. Aus allen diesen Darlegungen ergeben sich zum Schluß die Richtlinien, die sich aus der modernen Wissenschaft heraus für die Praxis der Ernährung entwickelt haben und deren Notwendigkeit weitesten Kreisen erst allmählich klar zu werden beginnt. So rundet sich das Bild dieser Sammlungsgruppe des Deutschen Hygiene-Museums zu einem geschlossenen Ganzen.

Sie wird zusammen mit dem „Menschen“ und dem „Durchsichtigen Menschen“ den Kern der Ausstellung in Berlin abgeben. Mit den modernsten Mitteln der Darstellungstechnik geschaffen, dürfte sie dieser Ausstellung ebenso das entscheidende Gepräge geben und ebenso für ihren Erfolg entscheidend sein, wie die Beteiligung des Museums von vornherein für das Zustandekommen der ganzen Ausstellung ausschlaggebend gewesen ist.

**10jähriges Bestehen der Reichszentrale für Heimatdienst.** Am 1. März 1928 blickt die Reichszentrale für Heimatdienst, die amtliche Aufklärungsstelle der Reichsregierung, auf ein 10jähriges Bestehen zurück. Unter der Ranzierschaft des Grafen Hertling wurde sie mit der Aufgabe ins Leben gerufen, die breiten Massen des deutschen Volkes über die großen Schicksalsfragen der Nation, die mit Kriegs- und Friedensschluß zusammenhängen, aufzuklären. Der Ausbruch der Revolution stellte die RfH vor ganz neue und große Aufgaben. Es galt, mit allen Mitteln dem drohenden Chaos entgegenzuarbeiten und gleichzeitig für die Rückkehr zu normalen Lebensverhältnissen, zu Vernunft und Besinnung einzutreten. Die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung und die Veröffentlichung der Friedensbedingungen zwangen zu umfangreicher politischer Aufklärungsarbeit, um dem deutschen Volk die staatsrechtliche Bedeutung der neuen Verfassung einerseits und die brutale Härte der Friedensbedingungen andererseits verständlich zu machen. Grundlegend wurde die Tätigkeit und das Aufgabengebiet der RfH in der Reichstagsentschließung vom 5. Juli 1921 festgelegt. Hier wurde als positive Aufgabe der RfH die sachliche Aufklärung über außen-, wirtschaftspolitische, verfassungspolitische, soziale und kulturelle Fragen bezeichnet, aber nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkt des Staatsganzen aus. Zugleich wurde ein parlamentarischer Beirat gebildet, der aus Vertretern aller großen politischen Parteien besteht. In diesem Sinne hat die RfH in lebendiger Anknüpfung an die aktuellen Vorgänge auf politischem Gebiet bisher eine umfassende objektive Aufklärungstätigkeit leisten können. Aber nur durch die freiwillige ehrenamtliche Mitarbeit von zehntausenden Männern und Frauen aus allen Berufs- und Gesellschaftsschichten hat sie diese große Aufgabe bewältigen können. Die deutsche staatspolitische Volksbildungsbewegung ist ohne die RfH nicht mehr denkbar.

Die Kartelle des deutschen Gewerkschaftsbundes, insbesondere im Bereich der Landesabteilung Siegen, haben sich der Redner der RfH bei ihren Schulungskursen in den letzten Wintermonaten mit bestem Erfolg bedient. Auch das gegen geringe Leihgebühr erhältliche Lichtbildmaterial der RfH ist in zahlreichen Fällen benutzt worden und wir erkennen gerne an, daß sich die Landesabteilung Siegen ehrlich bemüht, auch mit der Arbeiterschaft engste Tuchfühlung zu halten.

## Aus dem gewerblichen Leben.

**Die erste Holzbörse in Berlin.** In Berlin wurde der Versuch gemacht, die Holzinteressenten zu einer börsenartigen Zusammenkunft zu veranlassen. Die Holzbörse soll dazu dienen, daß die Interessenten während der Zusammenkunft ihre Geschäfte abwickeln, und man hofft auf diese Weise das Holzhandelsgeschäft wesentlich zu erleichtern.

Dieser Berliner Versuch ist insofern nicht neu, als schon in anderen Städten, wie Wien und Prag, regelmäßige Zusammenkünfte der Holzinteressenten zur Abwicklung ihrer Geschäfte stattfinden. Besonders in Prag hat sich diese Institution gut bewährt. Ein rein börsenmäßiges Geschäft ist allerdings nicht möglich, da es vorläufig im Holzgeschäft noch keine vertretbaren Marken gibt; allerdings sind Bestrebungen im Gange, die auf eine Standardisierung gewisser Holzsorten hinauslaufen. Am Berliner Platz hat man bereits Normen für Bauholz aufgestellt; für Bretter besteht dagegen eine solche Normung noch nicht. Bewährt sich die erste Zusammenkunft in Berlin, so ist beabsichtigt, in regelmäßigen Abständen derartige Zusammenkünfte zu wiederholen. Allerdings ist vorläufig nicht damit zu rechnen, daß Kursnotierungen stattfinden. Zunächst soll lediglich ein Verkauf von Firma zu Firma vor sich gehen.

**Verkauf der Himmelsbachwerke.** Nach einem Bericht der Tageszeitungen wird das Konkursverfahren der Firma Gebr. Himmelsbach A.-G. in Freiburg jetzt seinen Abschluß finden. Es soll eine neue Gesellschaft errichtet werden unter der Firma: Impregna, Holzimpregnations- und Holzverwertungs A.-G. in Freiburg. Die neue Firma wird von einem, unter Führung der Dresdner Bank stehenden Konsortium geleitet, an welchem die bekannte Holzfirma Joh. Jakob Winkler in Charlottenburg beteiligt ist. Zum Vorstand der neuen Gesellschaft sind bestimmt: Waldemar Dinner-Freiburg, Otto Klein-Ratibor-Hammer, Karl Hubing-Charlottenburg. Der Konkursverwalter beruft eine Gläubigerversammlung auf den 15. März ein, in der er über die Auswirkungen der Transaktion für die Konkursmasse Bericht erstatten wird.

## Fachtechnisches.

Ist das Quellvermögen für die Güte des Leimes maßgebend?

(Nachdruck verboten.)

Chemie und Praxis sind sich über diese Frage uneinig. Viele Leimverbraucher schätzen den Wert des

Veimes nach dem Quellvermögen ein. Von verschiedenen Leimchemikern ist versucht worden, den Nachweis zu erbringen, daß das Quellvermögen auf die Güte des Veimes keine Rückschlüsse gestattet. Wer hat nun recht? In der Schweizerischen Schreiner-Zeitung Nr. 36 (1927) sucht der Chemiker Dr. H. Stadlinger zu beweisen, daß Quellkraft und Güte in keinem zahlenmäßigen Verhältnis zueinander stehen. Da die Quellungsprobe sogar auf amtliche Kreise übergriffen hat, die in ihren Merkblättern, Verbindungsanordnungen und Lieferungsbedingungen jeden Leim ablehnen, der nicht einen Mindestbetrag an Wasser nach entsprechender Queldauer aufgenommen hat, ist dieser Meinungsaustrich nicht ohne Bedeutung. Zum Beweise wird unter anderem die Chemiker-Zeitung 1927 zitiert. Auch die Spezialchemiker, wie Schaffemann, Risling, Rudeloff, Sauer, Bogue und Alexander sollen sich angeblich dahin geäußert haben, daß dem Quellvermögen des Veimes kein erheblicher Wert beigemessen werden kann.

Die mannigfachen, von Stadlinger angeführten Beweise und Prüfungsergebnisse wirken nicht überzeugend, es heißt hier wörtlich:

„Schon allein die Tatsache, daß es der Leimindustrie ein leichtes ist, einen Leim durch Dünnschnitt der Tafel hochquellfähig zu machen, müßte alle Unbelehrbare davon überzeugen, daß die Höhe der Wasseransnahme noch lange kein Beweis für die „Güte“ des Veimes ist — umsonst! Man lege doch einmal eine der bekannten dünnen Gelatinetafeln ins kalte Wasser. Wie rasch ist sie durchquollen und warum? Weil sie durch ihren Dünnschnitt im Verhältnis zu ihrer „Masse“ dem Wasser beim Einquellen sehr viel Oberfläche darbietet. Dieses Verhältnis wird immer ungünstiger, je dicker die Tafel geschnitten ist. Daraus folgt weiter, daß ein und dieselbe Gelatinequalität um so weniger Wasser in der gleichen Zeit aufnimmt, je dicker sie geschnitten wurde. Nicht anders liegen die Verhältnisse beim Leim.“

Daß sich die Viskosität als guter Gradmesser für den Gebrauchswert des Veimes erwiesen hat, bestätigt auch Dr. Stadlinger, aber es ist schwer verständlich, wie zehn Leimproben nicht weniger als 6 bis 26 Tage auf ihr Verhalten zum Wasser überwacht werden konnten. Wenn die Tafeln auch mit irgend einer Hilfsvorrichtung aus dem Wasser gezogen wurden, ohne daß sie zerfielen, so wären diese doch so weit ausgeglaugt, daß sich selbst wertvolle Bestandteile von der Masse getrennt hätten. Es wirkt auch nicht überzeugend, wenn in der Chemiker-Zeitung gesagt wird, daß es reiner Zufall ist, wenn Güte und Quellfähigkeit der Veime konform gehen und in den meisten Fällen festgestellt werden konnte, daß hochwertige Veime in einer bestimmten Zeiteinheit am wenigsten Wasser aufgenommen hatten.

Es befremdet ganz auffallend, daß der Verfasser die kleine Versuchspresse unerwähnt läßt, die mit den modernsten Meßinstrumenten versehen ist. In allen Werkstätten mit nennenswertem Leimverbrauch ist dieses Prüfungsinstrument heute vorhanden. Wenn man die Güte des Veimes feststellen will, so darf nicht übersehen werden, daß der sachlich noch so sorgfältig durchgeführte Verleimungsprozeß versagt, wenn der Leim den Anforderungen nicht entspricht. Besonders bei Sonderanforderungen, wie bei der Zahverleimung, wird nicht nur die Festigkeit der verbundenen Röhre, sondern auch Undurchlässigkeit verlangt. Die Farbe der Leimtafeln sowohl als auch der Perlen, Schuppen und dergl. soll durchscheinend sein. Bringt man undurchsichtige Leimtafeln zum Quellen, so sondern sich nach erfolgter Lösung die Beschwerungsprodukte, wie Schwefel, Zinnoxid und ähnliche Metallsalze, am Boden des Gefäßes ab. Ein ganz wichtiges Merkmal bei der Verarbeitung des Veimes wird auch von alten Praktikern oft übersehen. Der allmähliche Abbau des Glutins verringert die Bindekraft. Auch der beste Leim wird, wenn er unzählige Male wieder aufgekocht wird, allmählich seine Klebekraft verlieren, und auch die Zugabe frischen Veimes kann das entwertete Produkt nicht mehr genügend aufbessern. Man erhitze daher nicht mehr und nicht länger als unbedingt nötig, da jede Erhitzung den Leim schwächt.

Die Leimchemie hat zur Verbesserung der Bindekraft verschiedene Maßnahmen durchgeführt. Durch die Benutzung der Leimperlen ist insofern ein Fortschritt erzielt worden, als die Rückstände unter absoluter Vermeidung von vorzeitigem Glutinabbau ihre Wertbeschaffenheit unverändert beibehalten. Durch dieses

Verfahren wird der Arbeitsgang der Leimfiederei ganz erheblich verkürzt. Die neue Aufbereitungsweise ist demnach mit Vorteilen verbunden, welche die Leimfabrikation in Zukunft ganz merklich umgestalten dürften. Außer dieser Vereinfachung des Arbeitsganges werden durch den perlenschnitigen Leim auch bei der praktischen Verwendung Vorteile geschaffen. Leim und Gelatine müßte man bisher vor ihrer Verwendung in Wasser quellen lassen. Bei der gebräuchlichen Form der Tafel dauerte dieser Vorgang viele Stunden. Bei den Leimperlen ist die Quellungsdauer auf eine Viertelstunde abgekürzt, d. h. nach dreißig Minuten hat Perlenseim die gleiche Wassermenge (rund 110) aufgenommen, die eine Leimtafel nach vierundzwanzig Stunden durch Quellung aufnimmt. Dies erklärt sich in einfacher Weise dadurch, daß eine gewöhnliche Leimtafel von 328 Quadratcentimetern Gesamtoberfläche bei Verteilung in Leimperlen von etwa 1 mm Durchmesser etwa 262 500 Perlen mit 8242 Quadratcentimeter Oberfläche ergibt, die Perlen haben also rund eine 25 mal größere Oberfläche als die Leimtafel. Wir sehen also, daß bei den neueren Leimprodukten die Quellfähigkeit eine ganz untergeordnete Rolle spielt und die Queldauer im Vergleich zu früher ganz auffallend gekürzt worden ist. Der chemische Abbau der vergleichsweise großen Kollagenteilchen durch die Einwirkung des Wassers führt stufenweise zu Stoffen ganz verschiedener Eigenschaften. Ein Teil dieser Stoffe ist im Wasser bei hoher Temperatur löslich, bei Abkühlung erstarrt diese Lösung zu einer halbfesten, elastischen Gallerte, die in trockener Luft allmählich Wasser verliert, schrumpft und schließlich eine feste, hornartige Konsistenz annimmt, während sie die Fähigkeit behält, im Wasser wieder aufzuquellen. In diesem Zustand heißt das Abbauprodukt des Kollagens im chemischen Sprachgebrauch „Glutin“, in der Praxis Gelatine. Die Quellprobe hat heute nur noch ganz untergeordnete Bedeutung, denn im allgemeinen werden Spezialmarken erzeugt, die den jeweiligen Verwendungszwecken angepaßt sind. Karl Micksch.

## Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

**Lohn- und Gehaltspfändung.** Der Reichstag hat ein weiteres Gesetz über Lohn- und Gehaltspfändung beschlossen, welches hiernit der Aufmerksamkeit der Kollegen besonders empfohlen wird.

Artikel 1.

Die Verordnung über Lohnpfändung (Reichsgesetzbl. 1919 S. 589, 1921 S. 1657, 1923 I S. 1186, 1924 I S. 25, 1926 I S. 503) wird wie folgt geändert:

1. Der § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Der Arbeits- und Dienstlohn (§ 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1869, Bundesgesetzbl. S. 242 und 1871 S. 63, Reichsgesetzbl. 1897 S. 159, 1898 S. 332) ist bei Auszahlung für Monate oder Bruchteile von Monaten bis zur Summe von monatlich 195 Reichsmark bei Auszahlung für Wochen bis zur Summe von wöchentlich 45 Reichsmark, bei Auszahlung für Tage bis zur Summe von täglich 7,50 Reichsmark, und soweit er diese Beträge übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrags der Pfändung nicht unterworfen.

Der Abs. 3 daselbst erhält folgende Fassung:

übersteigt der Arbeits- oder Dienstlohn die Summe von 650 Reichsmark für den Monat, von 150 Reichsmark für die Woche, von 25 Reichsmark für den Tag, so findet auf den Mehrbetrag die Vorschrift des Abs. 2 keine Anwendung.

Der Abs. 4 daselbst wird gestrichen.

2. Im § 7 Abs. 1 treten an die Stelle der Worte „31. Dezember 1928“ die Worte „31. Dezember 1931“.

Artikel 2.

An die Stelle der Vorschriften im § 850 Abs. 2 Satz 1 bis 3 der Zivilprozessordnung (Reichsgesetzbl. 1924 I S. 437) tritt folgende Vorschrift:

übersteigen in den Fällen Nr. 7 bis 9 das Dienst- einkommen die Pension oder die sonstigen Bezüge die

Summe von monatlich 195 Reichsmark, so ist der dritte Teil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.

Artikel 3.

Das Gesetz tritt mit dem 1. April 1928 in Kraft.

Eine vor diesem Zeitpunkt erfolgte Pfändung beschränkt sich nach Maßgabe dieses Gesetzes von dem auf das Inkrafttreten nächstfolgenden Fälligkeitzeitpunkt an. Eine vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgte Aufrechnung, Abtretung oder Verpfändung verliert ihre Wirkung insoweit, als sie nach diesem Zeitpunkt unzulässig sein würde.

Auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners hat das Vollstreckungsgericht den Pfändungsbefehl entsprechend zu berichtigen. Der Drittschuldner kann, so lange ihm die Berichtigung nicht zugestellt ist, nach Maßgabe der bisherigen Pfändung mit befreiender Wirkung leisten. Berlin, den 27. Februar 1928.

## Literarisches.

**Arbeitskampf und Friedenspflicht** von Wilhelm Herschel.

Preis: Broschiert, 24 Seiten stark, mit sieben erläuternden Schaubildern 50 Pfennig; 10 Stück 4 Mark.

Der bekannte Arbeitsrechtler Herschel untersucht diese Frage mit ihren rechtlichen Folgerungen für Gewerkschaften und Unternehmer. Diese Schrift ist eine unbedingte Notwendigkeit in der Hand eines jeden Arbeitsrichters und gewerkschaftlichen Vertrauensmannes. Die großen Arbeitskämpfe der letzten Jahre haben immer schärfer ein Problem herausgestellt, nämlich das der Friedenspflicht im Tarifvertrag und der sich daraus ergebenden Konsequenzen. Für den führenden Mann in der Gewerkschaftsbewegung ist es daher unbedingt notwendig, in dieser Materie Bescheid zu wissen. Bis heute existierte eine zusammenfassende Darlegung dieser Frage nicht.

**Emil Jahrenkamp.** Ein Ausschnitt seines Schaffens aus den Jahren 1924 bis 1927. Eingeleitet von August Hoff. Kart. Mk. 8,50, Leinen Mk. 13,50.

Formkraft und Gestaltungsgabe des heutigen Architekten werden beglückend erregt von dem Bewußtsein, auf gesunder Basis am Aufbau des baukünstlerischen Ausdrucks unserer Zeit entscheidend mitarbeiten zu können. Industrie- und Verkehrsbaue, Wohn- und Siedlungswesen, Hotels und Erholungsstätten, Schulen und Kirchen stellen Aufgaben von einer nie gekannten Mannigfaltigkeit. Überblicken wir die Auswahl seiner wichtigsten neueren Arbeiten im Außen- und Innenbau im Zusammenhang, so stellen wir mit Genugtuung eine bedeutsame Entwicklung des Künstlers fest, in der Tempo und Dynamik seiner industriellen Heimat immer reineren baulichen Ausdruck finden. Mit bewundernswerter Leichtigkeit und feinem Gefühl für Harmonie gliedert Jahrenkamp die riesigen Massen seiner großen Industrieaufgaben, seiner Maschinenhallen, seiner Verwaltungsgebäude, der Lagerhäuser und ähnlicher Großanlagen und bewahrt sich dabei auch für seine Innenräume und das Mobiliar eine bis ins letzte gehende feineempfundene Durchgestaltung.

**Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.** Dieses im philatelistischen Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erschienene Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen bringt im ersten Teil sämtliche deutschen Reichsbanknoten, Reichskassen- und Darlehnskassenscheine der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit von 1 Mark bis zum 100-Billionen-Scheine nebst erläuterndem Text, so daß man über alle Eigenheiten, sowie über den Sammelwert der einzelnen Scheine, der bei den seltensten heute schon 25 Mark beträgt, unterrichtet wird. Der 2. Teil enthält die Briefmarken des Deutschen Reiches von 1914 bis 1924 (von der 2-Pfennig-Germania bis zur 50-Milliarden-Marke) mit allen Nebenausgaben, Provisorien und Dienstmarken in guter photographischer Wiedergabe auf bestem Kunstdruckpapier. Das Werkchen, das 64 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 Mark.

Holzbearbeitungsfabrik im Rheinland sucht für Einrichtung einer Holzriemscheibensfabrik einen durchaus

**erfahrenen Fachmann**

gegen gute Bezahlung und Dauerstellung zunächst als Vorarbeiter.

Angebote unter Nr. 96 an die Geschäftsstelle unseres Blattes.

## Deutscher Versicherungs-Konzern

Deutsche Lebensversicherung-Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft

Deutsche Feuerversicherung A.-G.

Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähne-Str. 15a



Das sind die Vertragsgesellschaften für unsere Mitglieder und deren Angehörige. Versicherungen und edingert wertbeständig. Vor jedem Abschluß einer Versicherung werde man sich an unsere Verbandsämter oder die Geschäftsstellen der Gesellschaften in allen größeren Orten.



Mitarbeiter haupt- und nebenamtlich gesucht

## Ia. Hobelbänke

beste südd. Ausführung. Blatt und Gestell aus gedämpftem, trockenem Buchenholz, mit Stahlschrauben

zum Reklamepreis à Stück 95,- Mk.

frei jeder Station. Abbildungen gratis. Ia. Referenzen. Weißbuche polierte Hobel, Schraubenzwingen, Fugenleimer, Schleifmaschinen, Furnierböcke usw. Werkzeugprospekte gegen 30 Pfg. Briefmarken.

Nichtgefallendes nehme ich zurück

M. Walther, Dresden-N.

Rehesfelder Str. 53 a.